

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift
Tageblatt Riesa,
Sternus Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsstaatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befördertes bestimmt Blatt.

Poststedtort:
Dresden 1830.
Briefkasten:
Riesa Nr. 52.

Nr. 292.

Mittwoch, 14. Dezember 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zuladung, durch Postbezug 2.14 einschließlich (ohne Postgebühr). Fälle den Fall des Eintretens von Produktionsverzerrungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Berücksichtigung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 35 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Kettenschrift 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und kostbarerer Sach 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Gewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfüllt, durch Klage eingezogen werden muss oder die Auftraggeber in Konkurrenz gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Unterhaltungssäule "Erzählter an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsbetriebs — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsbrief und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Regierung Herriot gestürzt.

Das französische Parlament beschließt die Nichtzahlung der Dezemberrate. Schweres Eisenbahnunglück bei Luzern.

(Paris.) Die Regierung Herriot ist in der Nachsitzung mit 402 gegen 187 Stimmen gestürzt worden.

Der Gesamtrücktritt der Regierung Herriot vom Präsidenten angenommen.

(Paris.) Ministerpräsident Herriot hat sich in Versammlung der Regierungsmitglieder heute früh ins Elsass begeben und dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des Kabinetts überreicht. Präsident Lebrun hat die Demission angenommen und das zurückgetretene Kabinett mit der Erledigung der laufenden Geschäfte beauftragt. Bereits heute früh um 9 Uhr hat der Präsident seine politischen Beratungen aufgenommen und die Präsidenten des Senats und der Kammer empfangen.

Die französische Kammer beschließt am 15. Dezember nicht an Amerika zu zahlen.

(Paris.) Nachdem nach dem Sturz der Regierung die Minister das Kammergebäude verlassen hatten, stimmte die Kammer über den Entschließungsentwurf ab, den der Auswärtige Ausschuss und der Finanzausschuss der Kammer vorgeschlagen haben und der vorstehend am 15. Dezember keine Zahlung zu leisten. Dieser Entwurf wurde mit 380 gegen 57 Stimmen angenommen. Die geänderte Schlussformel der Entschließung lautet: "Die Kammer ist der Ansicht, daß es angebracht ist, die am 15. Dezember fällige Zahlung zu verschieben".

Die Sitzung der französischen Kammer.

(Paris.) Ministerpräsident Herriot erschien gestern nachmittag vor den vereinigten Kammerausschüssen für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten, um ihnen den Wortlaut der vom Kabinettstatthalter aufgestellten Note an Amerika und von dem von der Regierung für die Dezemberrate gemachten Vorbehalt Kenntnis zu geben. Die Ausschüsse haben mit 21 gegen 9 Stimmen sich gegen die Zahlungsleistung mit den von der Regierung vorgetragenen Vorbehalten ausgesprochen.

Die meisten Fraktionen, die gestern vormittag tagten, zeigten größte Abneigung gegen eine Zahlung, die lediglich von einseitigen Vorbehalten begleitet sei. Selbst innerhalb der radikalen Fraktion mache sich eine starke Opposition geltend.

(Paris.) Die Kammer hat gestern das gleiche Bild wie vorgestern: Vollsätziges Erscheinen der Regierungsmitglieder und der Abgeordneten, vollbesetzte Tribünen, starkes Polizeiaufgebot im Ordnungsdienst um das Gebäude.

Als der Präsident die Sitzung eröffnete, und dem Abgeordneten Louis Marin das Wort erteilte, logerte über der Versammlung bereits fleißige Spannung. Louis Marin land die geeignete Atmosphäre für seine scharfen Angriffe gegen die Regierung und gegen die Vereinigten Staaten vor. Er nannte Herriots gefährliche Aussführungen wider spruchsvoll und verlangte, daß die Folgerungen aus Hoovers Moratoriuminitiative gezogen werden. Niemand wolle das gegebene Wort brechen. Vertragstreng sei aber Hoover geworden. Seine Initiative entbinde Frankreich jeder Verpflichtung. Hoover habe besagt, das Moratorium würde Deutschlands Lage bessern. Das Gegenteil sei aber der Fall, und ganz Europa sei mit in den Strudel gezogen worden. Der Baseler Sachverständigenbericht gode Frankreich Waffen in die Hand, deren man sie aber nicht mehr bedienen könne, wenn man an Amerika zahle. Alles was man erreicht habe, sei höchstens, daß jetzt in Deutschland eine Militärregierung am Ruder sei. Marin bezeichnete ferner den deutsch-französischen Handelsvertrag als verhängnisvoll für Frankreich und reichte ihn unter die zahlreichen Entnahmen ein, die Frankreich erlebt habe. Man müsse eine klare Entscheidung treffen, die lautet: Zahlungsausweigerung! Das sei auch tatsächlich richtig, um zu einem annehmbaren Abskommen mit den Vereinigten Staaten und somit zur Erhaltung der Laufender Abkommen zu gelangen. Zum Schlus wandte er sich gegen die Anspruchsnahme des Schiedsgerichtsverfahrens. Eine Drohung Amerikas mit einem Zollkrieg gegen Frankreich wäre gegenstandslos; denn die amerikanischen Zölle seien ohnehin hoch genug.



Der französische Ministerpräsident Herriot gestürzt!

Nach Marins Rede wurde die Sitzung für eine Stunde bis 5 Uhr (frz. Zeit) ausgesetzt, um den Ausschüssen die Vorbereitung ihrer Berichte zu ermöglichen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 17.30 Uhr gab der Generaloberstaatsrat Lamoureux die Entschließung der vereinigten Ausschüsse für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten bekannt, die sich in der Pause dahin geeinigt haben, daß die Zahlung der Dezemberrate aufgehoben werden soll, bis die Regierung der Vereinigten Staaten sich zu der Einberufung einer Konferenz, auf der das gesamte Schuldenproblem zu regeln wäre, bereiterklärt habe. Die Kammer könne die Zahlung vom 15. Dezember nicht einmal mit Vorbehalten mehr annehmen.

Die Erklärung Lamoureux wurde auf fast allen Bänken mit ungeheurem Beifall aufgenommen, und man beschloß die sofortige Beratung.

Herriot gab mit scharfen Wendungen seiner Verwundung Ausdruck, daß die beiden Ausschüsse den Vorschlag der Regierung, dessen Beratung er fordere, nicht einmal erwähnt hätten. Der vorliegende Finanzausschuss, Malvy, teilte darauf mit, daß der Finanzausschuss von dem Antrag der Regierung alle Paragraphen angenommen, aber den Passus über die Zahlung am 15. Dezember abgelehnt habe. Aus diesem Grunde sei der neue Text angenommen worden. Im gleichen Sinne berichtete der Abgeordnete Bergery für den auswärtigen Ausschuß.

Mehrere Redner verzichteten darauf auf ihr Wort, damit sofort zur Abstimmung geschritten werden könnte.

Nach längeren Ausführungen des Abgeordneten Bergery wurde der Schluß der Generaldebatte angeordnet und der Übergang zur Einzelberatung beschlossen. Die Sitzung wurde darauf um 19.50 Uhr unterbrochen.

Bei der Wiederaufnahme der Kammerberatung gab der Ministerpräsident drei Anträge bekannt, den des Abg. Chauvin (Radikal), der sich den Regierungstext zu eigen macht, den des Abg. Rogara (Radikal), der die Streichung der internationalen Schulden fordert, im übrigen aber der Regierung Beschlußfreiheit für den 15. Dezember lädt, und den des Abg. Marin, der die Zahlungsverweigerung fordert. Die Antragsteller begründeten darauf ihre Anträge.

Lebte die Sitzung der radikalen Kammerfraktion vor Wiederaufnahme der Kammerberatung, so war bekannt, daß Herriot seine Fraktionstologen beschwore, für die Regierung zu stimmen. Die Fraktion lagte zu, die Regierung zu unterstützen; sie wird aber diejenigen ihrer Mitglieder, die darum erluden, ermächtigen, sich der Stimme zu enthalten. Vor dieser Beschlusssitzung hatte der Abg. Bergery die Fraktionsversammlung verlassen, nachdem er erklärt hatte, daß er gegen die Regierung stimmen werde.

Obgleich die Kammerausprache über die Schuldfrage noch nicht beendet war, hatte sich die Lage in den späten Nachmittagsstunden dahin entwickelt, daß die Regierung bereits vor der Abstimmung als gefürchtet angesehen wurde.

Der Finanz- und der Auswärtige Ausschuss der Kammer hatten den Wortlaut der Regierungsnote an Amerika abgelehnt und dafür einen Gegenvorschlag eingebracht, in dem die Kammer aufgefordert wird, die am 15. Dezember fällige Zahlung solange auszuschließen, bis eine internationale Konferenz einberufen werden kann. Die Entschließung wurde mit dem Hoover-Moratorium und mit dem Baseler Sachverständigenbericht begründet. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß die von der Regierung an die Zahlung geknüpften Vorbehalte durch die ablehnende Antwort der amerikanischen

Regierung auf die englischen Vorbehalte unentbehrlich geworden seien.

Die Berufung des Entschließungsantrages der beiden Ausschüsse wurde von der ganzen Kammer mit einigen Ausnahmen in den Reihen der Radikalsozialisten mit anhaltendem Beifall aufgenommen.

Als Herriot anschließend selbst die Tribune bestieg, um sich zu einigen Fragen der Tagesordnung zu äußern, wurde auch er von allen Bänken durch anhaltenden Beifall begrüßt. Die Kammer wollte damit zum Ausdruck bringen, daß sich ihre Einsicht in feiner Weise gegen ihn oder sein Kabinett richtete.

Die Sozialisten beschlossen, für den Entschließungsantrag der Ausschüsse und damit gegen die Regierung zu stimmen.

Berworrene Lage in Paris.

(Paris.) Nach dem Sturz der Regierung Herriot ist die politische Lage insofern besonders verworren, als das Abstimmungsergebnis dem Präsidenten der Republik keine politischen Anhaltspunkte dafür gibt, welche Persönlichkeit am besten geeignet sei, das neue Kabinett zu bilden. Die Mehrheit, die Herriot heute geführt hat, sieht sich nämlich aus Abgeordneten zusammen, die parteipolitisch unterschiedlich eingestellt sind. Heute vormittag nennt man als Kandidaten den radikalen Abg. Daladier.

Die mit der Erledigung der laufenden Geschäfte beauftragte Regierung muß den Text der von der Kammer heute früh angenommenen Entschließung nach Washington übermitteln.

Der Text der französischen Note an Amerika.

(Paris.) Der gestern vormittag abgehaltene Abstimmung hat folgende Note an die Regierung der Vereinigten Staaten aufgezeigt, die am Nachmittag dem Plenum der Kammer unterbreitet wurde: Die französische Regierung nimmt Kenntnis von der Antwort des Staatssekretärs vom 8. Dezember, die der Regierung der Vereinigten Staaten die Möglichkeit lädt, alle Tatsachen zu prüfen, die dem französischen Revisionssatz und seine Prüfung durch den Kongress und das amerikanische Volk berreffen. Die französische Regierung erachtet um die sofortige Eröffnung von Verhandlungen zur Revision eines Systems, das fortan unvereinbar ist mit der rechtlichen und tatsächlichen Lage, wie sie geschaffen wird durch das auf Antrag des Präsidenten Hoover eingeführte Moratorium, sowie durch die daraus sich ergebenden Folgerungen auf Grund deren die Reparationszahlungen ausgelegt wurden. Die französische Regierung wird am 15. Dezember 1931 Millionen Dollar zahlen. Sie wird verlangen, daß diese Zahlung auf die in dem neu abzuschließenden Abkommen festgelegten Schuldentgelte angesetzt wird. Sie legt die Regierung der Vereinigten Staaten davon in Kenntnis, daß Frankreich solange die durch das Moratorium geschaffene Lage beibehalten wird und falls eine allgemeine Neuregelung der internationalen Schulden nicht erfolgt, tatsächlich und rechtlich auftretende sein wird, künftig die Lasten eines Systems zu tragen, das sich ehrlicher Weise nur rechtfertigen lädt, wenn auch das durch die Begleichung der Reparationen erfolgt.

Rücktritt der belgischen Regierung.

(Brüssel.) Ministerpräsident de Broqueville teilte im gestrigen Ministerrat mit, daß er dem König seine Demission überreichen wird. Damit ist das Kabinett zurückgetreten. Seine letzte Amtshandlung war die Entscheidung über die Schuldenzahlung an die Vereinigten Staaten.

Beginn der Kabinetsberatungen.

(Berlin.) Das Reichskabinett ist heute vormittag um 11 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten. Wie wir erfahren, wird es sich zunächst mit den außenpolitischen Fragen beschäftigen. Dabei steht natürlich die Gleichberechtigung im Vordergrund. Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die Abgrenzung der Zuständigkeiten des Reichskommissärs für Arbeitsbeschaffung Dr. Gereke. Hierüber ist, wie bereits berichtet, grundsätzlich eine Einigung erzielt, die vom Kabinett aufgetreten werden darf. Weiter kommt die Winterhilfe zur Beratung. Dagegen wird sich das Kabinett heute nicht mehr mit der Wissendung der Notverordnungen zur Sicherung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beschäftigen. Dieses Problem ist vielmehr einer weiteren Kabinetsitzung vorbehalten, die vorsichtiglich am Sonnabend stattfinden wird.